Tagesblatt für Politik, Volkswirthschaft, Gesellschaftsleben, Börsenbericht, Handelsliste.
Abonnementspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 p. Vorm. 8–9 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 9–½9 u. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Klostergasse nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachm.
Die 1spaltige Grundzeile kostet 8 Silben 15 Pfg., für Montags oder nach Feiertagen 20 Pfg. Unterm Strich (Empf.) Zeile 45 Pfg. Ankündigungen aus der Privatliste Zeile 20 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Für Richtigkeit eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.
Dresden, 1893.

Joppen und Beinkleider
für Knaben und Jünglinge.
Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Bettfedern und Daunen.
Eiderdaunen.
fertige Betten und Inlete empfiehlt in grosser Auswahl
Julius Udluft,
K. K. Hofl. Bettfed.-Fabr.
An der Mauer 3 4,
selbst gefüllet 1867.

Costümfabrik Max Jacobi,
Dresden-A., 26 Galeriestrasse 26 (Telephon 389).
Lieferant der grösseren Theater Berlins.
Verleihanstalt aller Arten Costüme vom billigsten bis zum elegantesten Genre, Nationaltrachten aller Art, sowie historische Costüme jeder Zeitalter. Lieferungen für auswärts werden prompt ausgeführt.

Atelier für feine Corsets
nach Maass; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Paul,
Dresden,
Waisstr. 25.
Fernspr.-A. I. 167.

Gardinen,
neueste Sachen, grösste Auswahl, zu billigsten Preisen.
Moritz Hartung, Altmarkt 13.

Bruchbandagen
bewährtester eigener Construktionen, selbst in den schwersten Fällen sichere Hilfe bietend, fertigt als Spezialität und legt sachverständig an unter Garantie besten Passsens Bandagist und Orthopäd
M. H. Wendschuch sen.,
22b Marienstrasse 22b
Ecke der Margarethenstrasse.
Etablirt 1862. — Etablirt 1862.

Nr. 12. Spiegel: Panamaskandal und Ministerkrisis in Frankreich. Hofnachrichten. Excellenz von Boje †. Erhöhung der Hundesteuer. Jugendliches Verbrecherthum. Frauen-Erwerbsverein. Beerdigungswesen. Lahmann's Sanatorium. Gerichtsverhandlungen.

Donnerstag, 12. Januar.

Politisches.

Der zehnte Januar war für die Franzosen ein kritischer Tag allererster Ordnung. Zum guten Theil hat er die Befürchtungen erfüllt, wenn auch die Revolte, die man nach den von Sozialisten und Anarchisten ausgestoßenen Drohungen bei der Eröffnung der Kammer voraussehen mußte, vorläufig ausgeblieben ist. Es ist damit gegangen, wie gewöhnlich. Ernstliche Tumulte werden nicht angekündigt, sie brechen hervor aus der plötzlichen Stimmung einer aufgeregten Schaar oder nach langer, geheimer Vorbereitung, aber sie werden niemals Wirklichkeit, wenn vorher hübsch sorgsam Stunde und Ort angekündigt wurden. In Paris hatte man trotz dieser alten Erfahrung alle Mittel aufgeboten, einer etwaigen Emeute Herr zu werden; als der große Fischzug der Polizei dann vor sich ging, zappelten zehn oder zwölf Schreier im Netz, und Polizei und Soldaten konnten ruhig ihre Quartiere aufsuchen.

Aeußerte sich also der kritische Tag weniger im Entladen eines lebensgefährlichen Gewitters, weder in sausenden Kugeln noch in blitzenden Säbeln, so rollte um so heftiger der unterirdische Donner, es bebte vom Neuem der Boden der Kammer, und alle Minister stürzten von ihren Stühlen. Zwei von ihnen, Loubet und Freycinet — Freycinet, der ewige Minister, der unverwundbare, gepriesene Civilist mit der Soldatenmütze — brachen sich gleich Ei! den Hals dabei. Frankreich ist nun seit Beginn des Panama-Skandals glücklich in den Besitz seines dritten Ministeriums gelangt, und wer bürgt dafür, daß dieses dritte Ministerium nicht gleichfalls den Weg seiner Vorgänger geht und eines schönen Tages unter den schweren Anklagen seiner Gegner in sich zusammensinkt? Der neue Präsident Ribot ist allerdings bisher vollständig unberührt geblieben von dem Schmutz, der jetzt in Paris aufgehäuft wird, aber wird er genügende Kraft und Klugheit besitzen, um unter dem fürchterlichen Ansturm das Schifflein Republik durch die brandenden Wellen zu lugiren? Bisher hat er noch keine Beweise so außergewöhnlicher Befähigung geliefert, schon die nächsten Tage müssen es zeigen, ob er sie überhaupt liefern kann. Es will scheinen, als sei auch er nur berufen, jene Lücke auszufüllen, die zwischen der absterbenden Republik und einer neuaufblühenden Monarchie klafft, daß auch er nur ein politisches Kanonenfutter bilden wird, wie seine Vorgänger. Nur ein Mittel dürfte es geben, den vorläufigen Sieg des Sozialismus und den definitiven Sieg des Königthums zu verhindern, das wäre die Berufung eines energischen, der Republik aus Ueberzeugung dienenden Generals wie des zeitigen Kommandanten von Paris, des Generals Saussier. Sein Programm wäre dasselbe, das weiland König Augias dem Herkules überlieferte: den Stall von jahrelang aufgesammeltem Unrath zu reinigen, und dazu braucht es eines scharfen Besens. Zu diesem Mittel will sich vorläufig Carnot nicht verstehen, aber es wird die Zeit kommen, wo er einsieht, daß lauwarmes Wasser weder zum Weinkühlen noch zum Kartoffelkochen frommt.

Mit seinem Freunde Freycinet sank zugleich Hr. Floquet vom Präsidentenstuhle der Kammer und von jenem Piedestal lauteren Republikanerthums, das er und seine Freunde sich so eifrig errichtet hatten. Mit Händen und Füßen hatte er versucht, sich auf dem einflußreichen Platze festzuhalten, trotz aller Winke mit dem Zaunpfahl blieb er Kandidat um den Präsidentschaftsposten, und von mehr als 500 Deputirten stimmten noch nicht einmal 150 für ihn. Casimir Perier wurde sein Nachfolger, ein anständiger, recht wohlhabender Herr und Vertreter des juste-milieu. Seine Aufgabe ist nicht beneidenswerth. Denn wenn Floquet im Regen saß, so wird Perier unter die Traufe gerathen. Zwar sollte man meinen, daß es bei den bisherigen Skandalen sein Bewenden haben könnte, aber weit gefehlt. In der Ferienzeit haben Andrieux, Drumont, Constans, Delahaye wiederum einen Riesenberg von Anschuldigungen recht concreter Art aufgehäuft, und noch immer schleppen sie neue Massen herbei. Ja, aus ihren Andeutungen geht es sogar hervor, daß bisher erst die verhältnißmäßig Minderbelasteten an das Tageslicht geholt wurden, daß der Haupttrupp der schweren Verbrecher noch folge und daß nicht Panama allein, sondern die Geschichte aller unter der Republik vergebenen staatlichen Lieferungen auseinandergezerrt werden solle. Wie in dem Wiener Prozeß aus der Bukowina, so gehören auch in Paris die Beschecher allerwegen dem Judenthum an, die Herz, Reinach und Arton (man spreche den Namen ohne t) voran, die Rothschild und Genossen im Hintergrunde. Sie bilden die Ursache, daß jetzt in Frankreich eine überaus starke antisemitische Bewegung auftritt. Diese Thatsache darf nicht vergessen werden, denn sie ist kulturhistorisch von hervorragendster Bedeutung, sie allein ermöglicht das Verständniß für das Schauspiel, das Frankreich jetzt erlebt.

Die Männer, die jetzt die Enthüllungen begonnen und die auch entschlossen scheinen, sie rücksichtslos fortzusetzen, gehen ungemein klug vor. Sie verschießen ihr Pulver nicht auf einmal, sondern begnügen sich mit einem sorgsam unterhaltenen Schützenfeuer. Auf die Arone, Tedesco und Genossen folgten Rouvier und Grévy, auf diese Freycinet, Floquet und Clémenceau und jetzt Baihaut. Der Letztere ist vorläufig am stärksten kompromittirt, er soll als Minister der öffentlichen Arbeiten den Bericht des von der Regierung zur Prüfung des Panama-Projektes entsandten Ingenieurs Rousseau für eine halbe Million gefälscht und so durch falsche amtliche Angaben den ganzen Panama-Rummel verschuldet haben. Es ist nicht ohne Interesse für den Vergleich mit einem bekannten Berliner Prozeß der jüngsten Zeit, daß ein Mann, der diese Thatsache vor 3 Jahren schon öffentlich konstatirte, wegen Beleidigung des Berliner Magistrats, pardon, des Hrn. Baihaut zu schwerer Strafe verurtheilt wurde, also für ein Vorgehen, das sich später als ebenso gerechtfertigt herausstellte, wie die Behauptung über Hrn. Monroth. Doch das nebenbei. Freycinet seinerseits dürfte sich für Geld und gute Worte zu Gunsten seines Freundes Herz dazu entschlossen haben, die Militärzüge mit einer Prämie des Ingenieurs Wenger (Patentbesitzer Herz und Reinach) zu versehen, ein Scherz, der dem Staat 30 Millionen kostete, Hrn. Herz jedoch 1 Millionen einbrachte. Diese Bremsen sollen die Eigenschaft besitzen, den Zug auch wider Willen auf freiem Felde anzuhalten. Freycinet ist nicht der Letzte, immer neue Würdenträger des Republikanismus versinken im Schlamme. Man kann sich die Zustände in den oberen Regionen, speziell in der Kammer, darnach vorstellen. Sie gleicht einer Schutthalde, auf welche die zertrümmerten politischen Existenzen hingeschleudert werden und aus der keine Saat emporsprießen kann. „Ein Grauen der Furcht", so schreibt die „N. Fr. Pr.", „schüttelt schon jetzt die Deputirten, denn sie wissen, daß in acht Monaten, nach Ablauf ihres Mandates, nur Wenige zurückkehren werden und daß sie die Verachtung der Nation auf sich geladen haben. Deshalb schwanken sie zwischen fortwährenden Versuchen, sich zusammenzuballen, und gegenseitigen Denunciationen, zwischen dem Hasse der Regierung, welche die Schuldigen dem Gerichte ausliefert, und dem Wetschret nach Verfolgung. Auf Schritt und Tritt wird diese Kammer von Heuchelei und Angst geleitet, und mit Zittern folgt sie dem Prozeß gegen Lesseps vor dem Appellhof, der vielleicht wieder neue Namen in den Vordergrund bringen wird." Vorläufig schreit noch Mancher „Hattet den Dieb!", in der Hoffnung, daß man ihn selbst laufen lassen werde. Es muß Hrn. Carnot, wenn er nächstens seine offiziellen Bälle veranstaltet, wirklich herzlich schwer werden, eine anständige Gesellschaft zusammenzutrommeln. Li—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 11. Januar.

Berlin. Der Reichstag setzt die Berathung der Brausteuernovelle fort. Abg. Grillenberger (Soz.): Da man noch gar nicht wisse, welches Schicksal die Vorlage haben werde, die den durch diese Steuervorlagen zu deckenden Mehrbedarf schaffe, so werde die Diskussion mehr aus Langerweile geführt. Bayern werde als an der Brausteuernovelle unbetheiligt hingestellt, das sei falsch. Die unbemittelten Klassen werden auch diese Mehrsteuer tragen müssen. Wenn auch nicht direkt eine Erhöhung des Bierpreises eintrete, so werde dieselbe indirekt durch Verschlechterung der Qualität und durch Mindermaß herbeigeführt werden. Die Regierung habe sich nicht einmal dazu aufgeschwungen, in den Gesetzentwurf ein Verbot für Surrogate aufzunehmen, es handle sich also lediglich um eine Geldschneiderei. Die Darstellung Roesicke's von den Schankstätten in Bayern treffe nicht zu, ein märkischer Dorfkrug stehe sehr weit hinter den reinlichen Dorfwirthschaften Bayerns zurück. Die Bayern säßen keineswegs eingepfercht wie die Heringe in den Restaurationen, der Bayer nehme in der Regel an sich schon mehr Raum ein als ihm Roesicke zumesse. (Heiterkeit.) Bierpaläste gebe es in Bayern auch, aber das Bier werde dort doch nur mit 15 Pfennigen pro Liter verkauft, während die norddeutschen Brauereien häufig ungebührliche Gewinne nähmen. Die Arbeiterverhältnisse in den bayrischen Brauereien seien allerdings schlecht und nach Einführung der hier vorgeschlagenen Steuererhöhung werden sich auch die Verhältnisse der norddeutschen Brauereiarbeiter entsprechend verschlechtern. Der bayrische Malzzuschlag habe bereits den Konsum des Bieres beeinflußt. Das Münchner Hofbrauhaus habe allerdings den alten Preis beibehalten, wie man sagt, weil Finanzminister v. Riedel, der an der Spitze der Verwaltung des Hofbrauhauses steht, den Beweis liefern wollte, daß trotz der Steuererhöhung das Bier zu dem früheren Preise geliefert werden könne. Alte Stammgäste des Hofbrauhauses behaupten, daß das Bier dafür auch dünner geworden sei. Die Erhöhung der Biersteuer und die dadurch veranlaßte Erhöhung des Bierpreises habe auch in verschiedenen Gegenden Bayerns die Leute zum Schnapsgenusse veranlaßt. Man berufe sich auf hohe Dividenden einzelner Brauereien, um speziell diesen Betrieb heranzuziehen, warum halte man sich nicht an andere Großbetriebe, die noch höheren Gewinn abwerfen, warum lege man nicht auf die Krupp'schen Werke eine spezielle Steuer, die doch großen Vortheil vom Militarismus hätten? Führe man doch eine Einjährig-Freiwilligen-Steuer ein oder hebe man die Liebesgabe an die Schnapsbrenner auf, wenn man die Militärvorlage bewilligen wolle. Die Sozialdemokraten bewilligten keinen Mann und keinen Groschen. — Bayrischer Finanzminister v. Riedel: Mit Bezug auf Bayern seien vielfach irrige Behauptungen aufgestellt worden, die Abg. Grillenberger zum Theil schon widerlegt habe. Nach dem ersten Theil der Grillenberger'schen Rede habe er das Gefühl gehabt: wir Bayern sind doch bessere Menschen; später sei dieser Eindruck allerdings etwas verwischt worden. (Heiterkeit.) Der billige Bierpreis habe sich in Bayern meist erhalten und das Bier sei besser geworden. Das gelte auch vom Münchner Hofbrauhaus. Der beste Richter sei doch das Publikum und seit dem Malzsteuerzuschlag sei mehr getrunken worden. Der an sich geringe Schnapskonsum habe seit jener Zeit in Bayern nicht zu-, sondern abgenommen. — Staatssekretär Frhr. v. Maltzahn: Ein Verbot für Surrogate wurde in die Vorlage nicht aufgenommen, weil man ein tieferes Eingreifen in den Betrieb selbst bei dieser Gelegenheit vermeiden wollte. — Abg. Möller (nat.-lib.) beantragt Verweisung der Vorlage an die Militärkommission, damit über die Steuersätze erst dann entschieden werde, wenn die Militärvorlage entschieden sei. — Abg. Dr. Bachem (Centr.): Von den neuen Steuervorschlägen sei der der Erhöhung der Brausteuer der unerheblichste. Die kleinen und mittleren Brauereien haben sich erheblich vermindert und zwar zu Gunsten weniger Großbetriebe und Kolossalbetriebe. Dem sozialpolitischen Gesichtspunkt trage diese Vorlage gar nicht Rechnung. Wolle man ein Gesetz machen, so müsse dasselbe geeignet sein, jener bedenklichen Verschiebung entgegenzutreten; der Mittelstand müsse erhalten und gekräftigt werden als Puffer zwischen Großkapital und Arbeiterstand, die nach Beseitigung des Mittelstandes unfehlbar aufeinanderplatzen würden. — Abg. Dr. Brömel (freis.): Der Staatssekretär des Reichsschatzamtes habe der Brausteuer den Charakter der Konsumsteuer genommen. Es werde hier ein einzelner Betrieb herausgegriffen, um einer besonderen Besteuerung unterworfen zu werden. Man proklamire damit den Grundsatz: „Wir nehmen, wo wir's kriegen." Eine solche Steuerpolitik sei eine Politik der Wegelagerei (Vicepräsident Dr. Baumbach rügt diesen Ausdruck.). Die Branntweinbrenner habe man anders behandelt, aber hier heißt es: „Ja, Bauer, das ist ganz was Anderes!" — Abg. Dr. Böckel (Antis.) ist als prinzipieller Gegner der Militärvorlage auch gegen die damit zusammenhängenden Steuerprojekte. Wenn er auch gegen die Brausteuernovelle stimme, so geschehe dies nicht aus Sympathie für die Großbrauerei; er bedauere, daß auch das Brangewerbe in den Aktienbetrieb und den Börsenschwindel hineingezogen worden sei. Er sei gegen diese Vorlage namentlich deshalb, weil unter der Erhöhung der Brausteuer die Landwirthschaft leiden würde; die Gersten- und Hopfenpreise würden weiter gedrückt werden, obschon sie jetzt kaum die Kosten decken. Abg. v. Gerlach (kons.): Nachdem der Reichstag sechsmal eine Erhöhung der Brausteuer abgelehnt, müßten ganz außerordentliche Umstände vorliegen, um diese Erhöhung aussichtsvoll zu machen. Solche Umstände lägen allerdings mit der Militärvorlage vor, über welche seine Freunde dringend eine Verständigung wünschten. Hoffentlich werde es gelingen, einen großen Theil des Steuerbedarfes von der Basis zu ziehen, die leistungsfähiger sei als das Brauereigewerbe. Durch die Erhöhung der Brausteuer dürfe nicht die Landwirthschaft oder das Brauereigewerbe geschädigt werden; die Steuer müsse den Konsum treffen und man müsse den Muth haben, das auszusprechen. Zu erwägen sei die volle Freilassung obergährigen Bieres, welches den Haustrunk der kleinen Leute bildet. — Die Vorlage wird der Militärkommission überwiesen. — Morgen Interpellation, betreffend den Nothstand. Berathung der Branntweinsteuernovelle.

Berlin. Der Kaiser hat an den Abgeordneten Gehlert aus Sachsen seine Zustimmung zu der Kundgebung dieses Abgeordneten über die Heeresvorlage durch ein huldvolles Telegramm ausgesprochen. — Im preußischen Abgeordnetenhaus bringt morgen Finanzminister Miquel den Etat ein. — Die Nachricht aus dem „Berl. Tagebl.", wonach die in die Weltenfonds-Angelegenheit verwickelte hohe Persönlichkeit ein Kanzleibeamter des ehemaligen Kurfürsten von Hessen gewesen sei, wird von der „Staatsbürger-Zeitung" als plumper Schwindel bezeichnet, erfunden, um den Verdacht von dem Juden Lange abzuleiten. — Eine Versammlung von etwa 1500 arbeitslosen Bauhandwerkern beschloß, die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags aufzufordern, doch sofort Einführung des Achtstunden-Arbeitstages zu beantragen.

Berlin. Der Kaiser ist heute Mittag aus Sigmaringen in Karlsruhe zum Besuche des badischen Hofes eingetroffen. — Die Börsen-Enquete-Kommission tritt morgen wieder zusammen, um zunächst Interessenten der Getreidebörse, als Landwirthe, Müller und Kaufleute weiter zu vernehmen. — Bei der heutigen Verhandlung der Vorlage über Verbesserung des Volksschulwesens und der Volksschullehrer-Besoldung im Abgeordnetenhause erklärte Kultusminister Dr. Bosse auf die Provokation der Polen unter lebhaftem Beifall, daß seine Stellung in der polnischen Sprachenfrage die eines preußischen Kultusministers sei; die deutsche Schule müsse vor Polonisirungs-Versuchen bewahrt bleiben. — In der Budget-Kommission des Reichstags sagte die Regierung Material über die Gehaltsverhältnisse der unteren Postbeamten zu. — Das Markenschutzgesetz wird im Februar oder März an den Reichstag kommen. — Beim Etat des Reichstagsbaues wurde allseitig der Wunsch ausgesprochen, die Arbeiten für die Ausstattung des Reichstagsgebäudes möglichst auf alle Theile Deutschlands zu vertheilen und das Mittel- und Kleingewerbe dabei nach Möglichkeit zu berücksichtigen.

Berlin. Stadtrath Bicks aus Breslau hat sich in einem hiesigen Hotel erhängt.

Leipzig. Die Stadtverordneten erklärten die Einführung der fakultativen Feuerbestattung hierorts als noch nicht spruchreif.

Hamburg. Die Generalkommission des Senats macht bekannt, daß bei einer hier zugereisten Person, sowie bei einem Schiffsarbeiter und bei drei weiteren Matrosen des spanischen Dampfers „Marciano" heute Cholerabazillen nachgewiesen worden sind.

Köln. In Ranzel, wo am Sonnabend die Sprengung des Eisenbahngleises stattfand, ist vergangene Nacht ein Haus durch Dynamit beschädigt worden.

Essen. Der Streik hat bis jetzt nicht in der befürchteten Weise zugenommen. Die Mehrzahl der Zechen des Oberbergamts-Bezirkes arbeiten.

Essen. Auf zwanzig Zechen streiken 11,822 Mann. Die Gesammtzahl aller Bergleute im Bezirke beträgt 140,000 Mann.

Dortmund. Im Ganzen sind nur auf vier Zechen des Dortmunder Reviers die Arbeiter theilweise ausständig.

Saarbrücken. Donnerstag Mittag ist die entscheidende Generalversammlung für das ganze Saarrevier auf Bildstock. Die sofortige Entlassung von 112 Mann hat großen Eindruck gemacht. Einzelne Gruben sind heute wieder vollzählig angefahren, auf anderen fehlen nur wenige Mann. Auf den Gruben im Sulzbachthal ist es unverändert.

Bildstock. In Spreien wurde eine große Anzahl Strafbefehle solchen Personen zugestellt, welche die anfahrenden Bergleute in den letzten Tagen verhöhnt und angehalten, belästigt und mißhandelt haben; die Strafen belaufen sich auf 15 und 45 Mk.

Gelsenkirchen. Der Redakteur Schlicke und der Verleger Meyer von der Bergarbeiterzeitung sind wegen Verbreitung falscher Nachrichten eines Extrablattes über den Streik auf Antrag des Staatsanwalts verhaftet worden.

Münster. Die hiesige Handelskammer beantragte bei dem Eisenbahnminister telegraphisch sofort Tarifmaßnahmen zur Erleichterung des Bezuges schlesischer, belgischer und englischer Kohlen.

Straßburg. Soeben traf der Kaiser unerwartet hier ein und ließ sofort die Garnison alarmiren.

Straßburg. Der Kaiser wurde bei seiner Ankunft von einer überaus großen Menschenmenge jubelnd begrüßt. Die Hauptstraßen, die der Kaiser passirte, schmückten sich rasch. Abends findet im Palais des Statthalters ein größeres Diner statt.

Posen. Demnächst wird eine den polnischen Privat-Sprachunterricht einschränkende Verfügung von sämmtlichen Kreisschulinspektoren des Regierungs-Bezirks Posen ergehen. — Eine Getreide Exportbank mit 20 Millionen Rubel Kapital ist in Petersburg in Bildung begriffen. Filialen sollen an allen Hafenplätzen Rußlands errichtet werden.

Wien. Im Liberalen Klub zu Pest dementirte Ministerpräsident Wekerle die Nachricht, daß der Hof dem Vatikan ein Kompromiß in der Civilehe-Frage vorgeschlagen, dergestalt, daß nach dem Muster in Spanien ein Civilbeamter der kirchlichen Trauung beizuwohnen habe. Wekerle erklärte, ein solcher Gedanke liege der Regierung fern, sie werde ihr Programm ohne einschränkende Modalitäten durchführen. — In Prag wurde endlich der langjährige Streit zwischen Gemeinde- und Militärverwaltung wegen der Aufschrift der neuerbauten Landwehrkaserne durch den stadträthlichen Beschluß erledigt, die Kaserne ohne jede Aufschrift dem Militär zu übergeben. — Die Verhandlungen wegen der Majoritätsbildung sollen auf bedeutende Schwierigkeiten stoßen, da Graf Hohenwardt das Regierungsprogramm nicht annehmen zu können erklärt.

Wien. Die zwischen der österreichischen Regierung und den Finanzgruppen abgeschlossenen Verträge über die mit der Valutaregulirung zusammenhängenden finanziellen Operationen sind heute Nachmittag unterzeichnet worden.

Wien. Auf Grund des heute unterfertigten Vertrages übernimmt die Rothschildgruppe 60 Millionen 4prozentige Goldrente behufs Goldbeschaffung, ferner zum Kurse von 92 die behufs Konversion der 5prozentigen Notenrente auszugebende 4prozentige Kronenrente und schließlich zum Kurse von 90½ die behufs Konversion der Vorarlberger und Kronprinz Rudolf-Bahn-Obligationen auszugebenden auf Kronen lautenden Eisenbahn-Staatsschuldverschreibungen.

Paris. Gutem Vernehmen nach hat Admiral Gervais es definitiv abgelehnt, das Marineministerium zu übernehmen, derselbe will vielmehr an der Spitze des Generalstabes der Marine verbleiben.

Paris. Panama-Prozeß. Wegen der für seine nicht völlig ausgeführten Arbeiten empfangenen 15 Millionen betragt, erwiderte Eiffel, er habe das Geld gemäß des Vertrages und als Kompensation für unvorherzusehende Ausgaben behalten. Der Präsident erklärte, ein solcher Vertrag müßte annullirt werden.

Paris. Die Zeitung „Cocarde" behauptet, daß Baihaut vor dem Untersuchungsrichter aussagte, er habe den Bericht des Ingenieurs Rouseau auf den Rath des damaligen Finanzministers Carnot nicht veröffentlicht. Carnot habe gesagt, die Veröffentlichung würde die Emission der Panamalose unmöglich machen. Das Blatt fügt hinzu, die Aussage Baihaut's sei erst nach einer lebhaften Diskussion protokollirt worden.

Pfund's vereinigte (Kellerfreie) Kinderwäsche, Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzner Str. 41 42
Trocken-Füterung.